

Ollersdorf, Dezember 2024

Liebe Ollersdorferinnen, liebe Ollersdorfer!

Mit diesem Schreiben möchten wir Sie über die am Sonntag, den 6. Oktober, um 14.00 Uhr und die am Mittwoch, den 20. November, um 18.00 Uhr stattgefundenen Gemeinderatssitzungen informieren.

Flächenwidmung – Rekordverdächtige 18 Monate!

Wie in unseren letzten GR-News berichtet, fand am 25. August 2024 eine GR-Sitzung statt, welche auf Initiative der SPÖ einberufen wurde. Ziel war es, die notwendigen Korrekturen zum laufenden Flächenwidmungsverfahren im GR zu beschließen, um so allen Bauwerbern einen raschen Baustart zu ermöglichen.

Leider zeigte Bürgermeister Strobl im Zuge dieser Sitzung keine Bereitschaft zum Einlenken und war auch nicht daran interessiert, seine zahlreichen Fehler zu korrigieren. Stattdessen attackierte Bürgermeister Strobl in den darauffolgenden Gemeindenachrichten erneut das Land und die SPÖ-Fraktion, um von den eigenen Fehlern und Versäumnissen abzulenken.

Fakt ist, dass Bgm. Strobl sechs Wochen nach der von der SPÖ, zu diesem Thema geforderten GR-Sitzung, eine neuerliche GR-Sitzung einberufen hat, in der genau die bereits im August von der SPÖ geforderten Schritte 1 zu 1 beschlossen wurden.

- ✓ Teilflächen von 3 Grundstücken wurden nachträglich von einer Bausperre erfasst.
- ✓ Die Darstellung der Bausperren im Erläuterungsbericht wurde korrigiert.
- ✓ Die Bausperren wurden unter einem eigenen Tagesordnungspunkt beschlossen.
- ✓ Die von der Raumplanungsabteilung als nicht ausreichend beurteilten Begründungen für rückgewidmete Grundstücke wurde überarbeitet.
- ✓ Die Baulandmobilisierungsvereinbarungen mussten ein zweites Mal von den Bauwerbern unterschrieben werden, da in den Vereinbarungen ein falsches Datum des in Krafttretens angegeben war.
- ✓ Die Verordnung zur Änderung des Flächenwidmungsplanes wurde ebenfalls neu beschlossen, da viele Fehler in der Formulierung gemacht wurden.

Diese Korrekturbeschlüsse sind letztendlich der Beweis, dass weder das Land noch die SPÖ für die Verzögerung verantwortlich sind, sondern die Fehler einzig und allein in der Gemeinde, sprich von Amtmann und Bgm. Strobl, gemacht wurden.

Es ist eigentlich unverschämte, wie Bgm. Strobl zum einen versucht die Bevölkerung für dumm zu verkaufen und zum anderen leider auch bewusst Unwahrheiten verbreitet, nur um politisches Kleingeld zu machen. Den Häuslbauern gegenüber ist es jedenfalls nicht fair, wenn sie durch seine wiederholten Fehler und Verzögerungen noch eine weitere, jährliche Kostensteigerung in Kauf nehmen müssen, da der Baubeginn 2024 definitiv nicht mehr stattfinden kann.

Gemeinde übernimmt Kindergarten von Caritas

Bereits im Jahr 2023 hat die Diözese Eisenstadt entschieden, ihre Tätigkeit in der Kinderbetreuung mit Jahresende 2024 aufzugeben. Burgenlandweit wurden bisher insgesamt 7 Kindergärten von der Diözese über die Caritas betrieben. Auch der Kindergarten in Ollersdorf wird ab 1.1.2025 nicht mehr von der Caritas, sondern von der Gemeinde selbst betrieben und verwaltet.

In der GR-Sitzung am 6. Oktober 2024 wurde daher eine die Betriebsführung betreffende Vereinbarung zwischen der Caritas und der Marktgemeinde Ollersdorf abgeschlossen.

Neue Straßenbezeichnungen

Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, dass die Zufahrtsstraße für die in der Franz-Csar-Gasse neu geschaffenen Hausplätze künftig „Oswald-Gasse“ heißen soll und der Promenadenweg als Danksagung an Prof. Josef Lehner, für den von ihm gesponserten „Sieben-Linden-Platz“, in „Prof. Josef-Lehner-Promenade“ umbenannt wird.

Neuer Urnenhain im Friedhof

Der neue Urnenhain im Friedhof wurde bereits vor einiger Zeit fertiggestellt. Insgesamt stehen 7 neue Urnensäulen zur Verfügung, wobei eine Säule zu einem Preis von 3.100 Euro erworben werden kann. Sollten Sie weitere Fragen bzw. Interesse am Kauf einer Urnensäule haben, wenden Sie sich bitte an das Gemeindeamt.

Äußerst prekäre Finanzsituation – Gemeindeaufsicht droht mit dem Verlust der Finanzautonomie

Während unsere Nachbargemeinden in der Vergangenheit stets einen positiven Rechnungsabschluss erwirtschafteten, war Ollersdorf in drei der letzten vier Jahren eine sogenannte Abgangsgemeinde. Das bedeutet, die Ausgaben der Gemeinde waren höher als die Einnahmen. Die Verluste summieren sich dabei auf über EUR 614.000. Während die SPÖ-Fraktion schon sehr lange auf diese finanzielle Schieflage hingewiesen hat, kam als Antwort von den ÖVP GR stets retour, man würde schwarzmalen bzw. immer alles zu negativ sehen und die Aussagen wären ohnehin rein parteipolitisch motiviert.

Nun gibt es aber ein Schreiben der Gemeindeaufsicht – adressiert an den Gemeinderat von Ollersdorf - in dem der Rechnungsabschluss 2023 sehr kritisch kommentiert wird. Am Jahresende gab es beispielsweise keine finanziellen Reserven in der Gemeinde, da die finanziellen Mittel einen Stand EUR -100.000 aufwiesen. Zur Finanzierung des Jahresverlusts von EUR -317.000 musste ein Kassenkredit aufgenommen werden, den man - laut Haushaltsvorgabe – eigentlich zum Jahresende wieder rückführen hätte müssen. Noch schlimmer aber ist, dass im Jahr 2023 alle für die Beurteilung der Finanzlage der Gemeinde relevanten Finanzkennzahlen negativ sind.

Ganz wichtig! Uns ist vollkommen bewusst, dass die Budgeterstellung 2025 für alle Gemeinden eine große Herausforderung darstellt. Unsere Kritik bezieht sich aber auf die Jahre davor. Während hier andere Gemeinden noch positiv gewirtschaftet haben, hat Ollersdorf bereits Verluste gemacht. Und das, obwohl die Investitionen in Ollersdorf nicht einmal halb so hoch waren, wie die durchschnittlichen Investitionen der anderen Gemeinden im Bezirk Güssing.

GR-Sitzung am 20. November 2024 – Allgemeine Information

Die Sitzung am 20. November 2024 wurde von der SPÖ-Fraktion beantragt. Der Bürgermeister, der die Einladung versendet hat und somit auch die Sitzung einberufen hat, war allerdings zu diesem Zeitpunkt auf Urlaub. Selbstverständlich kann jeder seinen Urlaub frei einteilen, das gilt auch für unseren Bürgermeister. Aber ebenso selbstverständlich sollte es sein, dass der Bürgermeister die Vizebürgermeisterin über seine geplante Abwesenheit im Vorfeld informiert. In diesem Fall wurde die Vizebürgermeisterin erst einen Tag vor Sitzungsbeginn vom Bürgermeister über seine Abwesenheit informiert und gebeten, die Sitzungsführung bei der Sitzung am 20.11.2025 zu übernehmen.

Obwohl es Tage davor mehrere Begegnungen zwischen den beiden gab, hat der Bürgermeister der Vizebürgermeisterin gegen über kein Wort von seinem geplanten Urlaub erwähnt. Noch schlimmer aber ist die Tatsache, dass Bgm. und Amtmann Strobl seinen Amtspflichten vor seinem Urlaubsantritt nicht nachgekommen ist. Er hat nämlich zu keinen einzigen der sieben Tagesordnungspunkte Unterlagen vorbereitet. Wie bereits erwähnt, kritisieren wir nicht, dass der Bürgermeister urlaubt, sondern, dass er seinen Amtspflichten (als einer der bestbezahlten Amtmänner des Burgenlandes nicht zu vergessen) nicht nachkommt.

Weiters sei auch festgehalten, dass in anderen Gemeinden bei längerer Abwesenheit des Bürgermeisters und vor allem wenn sich die Abwesenheit in einer großen örtlichen Entfernung befindet (angeblich soll der Urlaubsaufenthalt in Madagaskar gewesen sein), der/die Vizebürgermeisterin mit der Amtsführung in diesem Zeitraum betraut wird, um im Anlassfall die volle Handlungsfähigkeit der Gemeinde gewährleisten zu können.

Sie sehen, was in anderen Gemeinden funktioniert, funktioniert in Ollersdorf leider nicht. Weil Bürgermeister Strobl zum einen die Zusammenarbeit mit dem politischen Mitbewerber absolut verweigert und zum anderen seine Aufgaben vernachlässigt.

Alle seit 2012 durch die Gemeinde unterfertigten Mietverträge wurden durch ungültige Organe gezeichnet!

Die Gemeinde Ollersdorf verfügt über 12 - für betreutes Wohnen geeignete - Gemeindewohnungen, die von der Gemeinde auf jeweils 3 Jahre an private Nutzer vermietet werden. Seit 2012, d.h. seit mehr als 10 Jahren, hat der Bürgermeister aber ignoriert, dass für die Vergabe bzw. den Abschluss der einzelnen Mietverträge ein GR-Beschluss notwendig gewesen wäre. Seitens der SPÖ-Fraktion wurde daher eine Aufsichtsbeschwerde eingebracht. Die im Land zuständige Aufsichtsbehörde hat nun entschieden, dass der Bürgermeister in dieser Sache seine Kompetenz lt. Gemeindeordnung überschritten hat und alle Mietverträge nachträglich dem GR zur Beschlussfassung vorgelegt werden müssen.

Dieses Schreiben wurde bereits am 5. September 2024 an die Marktgemeinde übermittelt und enthält explizit die Aufforderung an den Bürgermeister, den Inhalt der sog. Erledigung der Aufsichtsbeschwerde dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung nachweislich zur Kenntnis zu bringen. Nachdem der Bürgermeister in der letzten Sitzung des GR, am 6. Oktober 2024, dieser Aufforderung nicht nachgekommen ist und er bei der Sitzung am 20. November 2024 nicht anwesend war, wurde im GR mehrheitlich entschieden, diesen Antrag zu vertagen.

Heizkostenzuschuss - letzte Auszahlung im Jahr 2022 – seither heißt es bitte warten!

Seit dem Jahr 2023 hat die Gemeinde keinen Heizkostenzuschuss mehr ausbezahlt. Bei den anspruchsberechtigten Personen handelt es sich im Wesentlichen um alleinstehende oder verheiratete „Mindestpensionisten“, welche die finanzielle Unterstützung der Gemeinde dringend benötigen. Diese Tatsache hat die SPÖ-Fraktion dazu bewogen, einen Antrag einzubringen, um vom Bürgermeister über die Gründe der Nichtauszahlung informiert zu werden.

Wenn datenrechtliche Gründe eine Rolle spielen, ist hier unser Amtmann gefordert, eine Lösung zu finden. Jedenfalls ist es nicht akzeptabel, dass man das datenschutzrechtliche Problem beim Heizkostenzuschuss totgeschwiegen und die Bezieher mit ihren Nöten alleine gelassen hat. Ähnlich wie beim Flächenwidmungsplan, bei dem für den Bürgermeister die Zeit auch keine Rolle zu spielen scheint.

Nachdem sich aber auch die ÖVP-GR für die Auszahlung des Heizkostenzuschusses ausgesprochen haben, eine endgültige Lösung jedoch nur gemeinsam mit dem Bürgermeister und Amtmann herbeigeführt werden kann, wurde auch dieser Antrag auf die nächste GR-Sitzung vertagt. Dieser Antrag auf Vertagung wurde gemeinsam mit den ÖVP Gemeinderäten verfasst.

Wir empfehlen aber dringend bis dahin allen Personen, die für die Jahre 2023 und/oder 2024 eine Zusage vom Land für den Wärmepreisdeckel erhalten haben, mit dieser Zusage und den jeweiligen Jahreslohnzetteln auf das Gemeindeamt zu gehen und die Auszahlung des Heizkostenzuschusses zu beantragen. Wichtig: Anspruchsberechtigt sind nicht nur Mindestpensionisten, sondern auch Ausgleichszulagenbezieher. Bei weiteren Fragen wenden Sie sich bitte an Ihren SPÖ-GR in Ihrem Grätzel. Abschließend soll noch erwähnt werden, dass man diese Info auch über die Gemeindenachrichten an die Ortsbevölkerung hätte kommunizieren können.

Ökoenergiepark - Pachtvertrag mit hohem Risiko für die Gemeinde

Dass der Ökoenergiepark mit

- einer Schnell-Ladestation für 3 Elektroautos
- der Ladestation für Elektrofahrräder und
- einem Informationscenter

bereits seit 2020 (seit 4 Jahren!) fertiggestellt sein sollte ist die ein Sache. Die andere Sache ist, dass die Gemeinde damals - ohne die Zustimmung der SPÖ-Fraktion - einen Pachtvertrag abgeschlossen hat und das Gemeindegrundstück (ca. 2.400m²), um 1 Euro pro Jahr verpachtet sowie zusätzlich auf die gesetzlichen Anschlussgebühren sowie auf die laufenden Gebühren für Wasser und Kanal verzichtet hat.

Die Gemeinde hat außerdem für die nächsten 25 Jahre auf ein Kündigungsrecht verzichtet, während der Pächter (= Energie Kompass GmbH) den Vertrag jedes Jahr zum 31.12. kündigen kann. Und in diesem Fall müsste die Gemeinde dem Pächter den dann gültigen Gebäudebuchwert für die Ladestation und des noch immer in Bau befindlichen „solar two“ ersetzen.

Schon in der letzten GR-Sitzung am 6.10. wollte die SPÖ-Fraktion vom Bürgermeister wissen, wie hoch der aktuelle Gebäudebuchwert - als Eventualrisiko für die Gemeinde – ist. Dieser hat eine Antwort für die nächste GR-Sitzung angekündigt. Aufgrund der Abwesenheit des Bürgermeisters, bleibt diese Frage nach wie vor unbeantwortet und das „Drohpotential“ nach wie vor unbekannt. Der diesbezüglich von der SPÖ-Fraktion eingebrachte Antrag wurde daher ebenfalls auf die nächste GR-Sitzung vertagt.

Hochwasserschutz

Seitens der SPÖ-Fraktion wurde bereits im Juni 2022 einen Antrag eingebracht, einen Hochwasserschutz-Maßnahmenplan für nach wie vor gefährdete Gebiete in unserer Gemeinde zu erstellen, und sowohl Experten als auch betroffene Bürger miteinzubeziehen. Mittlerweile sind 2 ½ Jahre vergangen und es häufen sich die Wetterextreme. Der Bürgermeister hat den GR seither aber nicht in dieser Sache informiert. Daher hat die SPÖ-Fraktion wiederum einen Antrag eingebracht, um ihn aufzufordern, über den aktuellen Stand der Abflussuntersuchen von Bund und Land zu berichten. Auch dieser Tagesordnungspunkt konnte aufgrund der Abwesenheit von Bgm. Strobl nur vertagt werden.

Folgenutzung Gasthaus Holper

Bereits bei der GR-Sitzung im September 2022 hat die SPÖ-Fraktion einen Antrag eingebracht und sich für die Schaffung eines Hauses der Generationen ausgesprochen. Der damalige Antrag beinhaltete

- dass im Besitz der Gemeinde befindliche „Hobelhaus“ inkl. seiner Grundstücksfläche dafür zu prüfen und
- mit den Eigentümern des GH Holper Gespräche über den Ankauf der Liegenschaft inkl. der Grundstücksfläche aufzunehmen und die Eignung vor Kaufabschluss von Expter*innen zu prüfen.

Nachdem der Bürgermeister im Zuge der Schließung des Gasthauses in den Medien bereits bekanntgegeben hat, dass an einer Folgenutzung des Hauses gearbeitet wird, forderten wir in unserem Antrag Auskunft über den aktuellen Stand der Überlegungen des Bürgermeisters. Auch dieser Tagesordnungspunkt wurde aufgrund der Abwesenheit der Auskunftsperson vertagt.

Budgetsitzung im Dezember

Bei der letzten GR-Sitzung hat Bgm. Strobl dem GR mitgeteilt, dass die nächste Sitzung, bei der auch das Gemeindebudget 2025 beschlossen wird, am Samstag, den 28. 12 oder am Montag, den 30. 12 stattfinden wird. Der Sitzungstermin zwischen Weihnachten und Neujahr ist bereits in den vergangenen Jahren im GR immer wieder auf Unverständnis gestoßen. Da gerade diese Zeit in erster Linie der Familie gewidmet ist und uns eine gute und intensive Vorbereitung sehr wichtig ist, welche bei einem mehr als 300 Seiten umfassenden Voranschlagsentwurf mind. 2 Tage in Anspruch nimmt. Bei einem Sitzungstermin beispielsweise am 28.12. wird der Opposition, der ohnehin nur 8 Tage zur Vorbereitung zur Verfügung stehen, die reale Vorbereitungszeit durch die dazwischen liegenden Feiertage absichtlich gekürzt. Auch vor dem Hintergrund der prekären Finanzsituation unserer Gemeinde ist der Zeitpunkt nicht optimal gewählt. Während von der Gemeinde Konsolidierungsmaßnahmen gefordert werden, möchte Bgm. Strobl die Budgetsitzung zwischen den Feiertagen schnell über die Bühne bringen. Das erscheint aus Sicht der SPÖ-Fraktion mehr als unverantwortlich. Nicht umsonst finden in allen anderen 170 Gemeinden die Budgetsitzungen bereits vor Weihnachten statt.

Nachdem es dem Großteil der SPÖ-GR nicht möglich sein wird, bei einer Sitzung am 28.12. oder 30.12. anwesend zu sein und somit keine notwendige 2/3 Mehrheit gegeben sein wird, hat der GR mehrheitlich beschlossen, den Termin für die Budgetsitzung 2024 vor Weihnachten zu verlegen. Ebenso wurde beschlossen, dass auch die Budgetsitzungen in den kommenden Jahren bereits vor Weihnachten stattfinden werden.

Ihre Vizebürgermeisterin Tanja Illedits & das SPÖ Team

Liebe Ollersdorferinnen, liebe Ollerdorfer

Das Burgenland hat sich in den letzten Jahren zu einer der lebenswertesten und zukunftsorientiertesten Regionen Europas entwickelt. Landeshauptmann Hans Peter Doskozil hat mit Glaubwürdigkeit, Handschlagqualität und entschlossenem Handeln maßgeblich dazu beigetragen, unser Burgenland voranzubringen. Vom starken Wirtschaftswachstum über soziale Errungenschaften wie den Mindestlohn, den Gratis-Kindergarten und die Anstellung von pflegenden Angehörigen und Vertrauenspersonen bis hin zu leistbarer Energie und einer richtungsweisenden Gesundheitsoffensive – diese Erfolge sind das Ergebnis harter Arbeit für und mit den Burgenländerinnen und Burgenländern. Andere reden nur, unser Landeshauptmann handelt!

Damit das so bleibt und damit es weiter aufwärts geht, muss die Politik gerade in Krisenzeiten klug investieren – in die Menschen im Land und in ihre Zukunft. Genau das macht Hans Peter Doskozil! Während der Bund die Strompreismbremse abschafft, sorgt er mit einer landesweiten Energiegemeinschaft für stabile Preise. Während der Bund im Asylbereich versagt, setzt er eine Obergrenze und neue Regelungen in der Grundversorgung um. Während der Bund einen Kurs Richtung Zwei-Klassen-Medizin fährt, lässt er neue Krankenhäuser bauen und investiert in das Ärzte- und Pflegepersonal.

Bei der bevorstehenden Landtagswahl wird entschieden, ob wir diesen erfolgreichen Weg fortsetzen. Es wird darüber entschieden, ob das Burgenland weiterhin ein Land des Fortschritts und der Stabilität bleibt – mit einer Politik, die alle Menschen im Land in den Mittelpunkt stellt – oder ob ein schwarz-blauer Pakt aus ÖVP und FPÖ das Rad der Zeit zurückdrehen wird und Stillstand einkehrt.

Unser Ziel ist klar: Wir wollen den erfolgreichen burgenländischen Weg fortsetzen! Dafür brauchen wir Ihre Unterstützung! Jede Stimme zählt, um weiterhin eine Politik der Stabilität, des Fortschritts und der sozialen Sicherheit sicherzustellen. Gemeinsam mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil können wir garantieren, dass das Burgenland ein Ort bleibt, an dem alle gut und sicher leben können. Setzen wir diesen Weg gemeinsam mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil fort.

Damit es weiter aufwärts geht!

Ihre Tanja Illedits

